

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	7
		<b>TOP:</b>	4
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	1064/2018
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	11.02.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Dr. Denne, Frau Dr. Hornstein (beide GesundhA)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Bericht zur Auswirkung der Stellenerhöhung im Sachgebiet Zahngesundheit des Gesundheitsamtes im Doppelhaushalt 2018/2019</b>		

Vorgang: Sozial- und Gesundheitsausschuss vom 21.01.2019, öffentlich, Nr. 9  
Ergebnis: Kenntnisnahme

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Soziales und gesellschaftliche Integration vom 14.12.2018, GRDRs 1064/2018.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Zu Beginn weist die Vorsitzende auf Herrn Reich als stellvertretendes Mitglied hin, der heute zum ersten Mal Herrn Hiller vertritt. Sie begrüßt ihn und heißt ihn herzlich Willkommen.

Herr Dr. Denne berichtet im Sinne der gezeigten Präsentation zum Sachgebiet Zahngesundheit/AG Zahngesundheit.

Als kommunale Daseinsvorsorge bezeichnet StR Dr. Nopper (CDU) die erfolgreiche Präventionsarbeit des Gesundheitsamtes im Rahmen der Zahngesundheit bei Kindern. In der vorgelegten GRDRs 1064/2018 werde aufgezeigt, wie sich die Stellenerhöhung auf die Untersuchungszahlen und die Zahngesundheit bei Stuttgarter Kindern positiv

ausgewirkt habe. Auf seine Frage, ob sich bei einem weiteren Stellenanteil die Zahngesundheit qualitativ sowie quantitativ verbessern ließe, antwortet Herr Dr. Denne, grundsätzlich würde ein höherer Stellenanteil zusätzliche Effektivität bringen. Beim Prophylaxeprogramm in den Grundschulen sei sich mit der Frage bedarfsanalytisch auseinandergesetzt worden. Aus Sicht des Gesundheitsamts konnte festgestellt werden, der gesetzliche Auftrag werde mit diesen 9 Schulen, die eine erhöhte Kariesprävalenz aufwiesen, erfüllt. Anhand des Indikators der naturgesunden Gesamtgebisse, ergänzt Frau Dr. Hornstein, könne dieses Ergebnis unterstrichen werden.

Eine Frage von StRin Nuber-Schöllhammer (90/GRÜNE) richtet sich nach Untersuchungen in Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK), ob es in diesen Klassen Flouridierungskonzepte gebe. Frau Dr. Hornstein führt aus, es gebe eine hohe Fluktuation bei den IVK-Schülern/-innen, weshalb nicht alle Kinder erreicht werden. Auf erneute Nachfrage von StRin Nuber-Schöllhammer ergänzt Frau Dr. Hornstein, ausschließlich eine regelmäßige Flouridierung führe zum gewünschten Erfolg. Kritisch äußert sich StRin Nuber-Schöllhammer, dass in manchen Kitas mit den Kindern nicht regelmäßig Zähne geputzt werden. Die Vermittlung der Zahnhygiene sei von klein auf in den Kitas erforderlich, ergänzt sie. Es sei erschreckend, so Herr Dr. Denne, dass nicht in allen Kitas die Zähne geputzt werden. Seitens des Gesundheitsamtes werde aktiv auf die Kitas zugegangen, um an das Thema heranzuführen und zu sensibilisieren.

StRin Vowinkel (SPD) erkundigt sich, ob viele Eltern die Einwilligungserklärung verweigerten und nicht wollten, dass mit ihrem Kind in der Kita die Zähne geputzt werden. Weiter fragt sie, warum Kinder an Realschulen und Gymnasien nicht zahnärztlich untersucht werden.

Die Vorlage und die erfolgreiche Präventionsarbeit sowie die Flouridierung lobt ausdrücklich StRin von Stein (FW). Die geringe Stellenerhöhung im Sachgebiet Zahngesundheit im Haushalt 2018/2019 habe viel bewirkt, so StR Klingler (BZS23). Er fragt, warum Herr Dr. Denne den Bericht auf das Schuljahr 2017/2018 bezogen habe. Hierzu erläutert Frau Dr. Hornstein, die beantragten Stellenanteile seien vom Gemeinderat im Doppelhaushalt 2016/2017 bewilligt worden. Die Auswirkung der Stellenerhöhung im Sachgebiet Zahngesundheit im Gesundheitsamt mache sich in den Haushaltsjahren 2018/2019 bemerkbar.

Die flächendeckenden Untersuchungszahlen beeindruckten Herrn Schulze-Gronemeyer. Die freien Träger profitierten von der Aufklärungsarbeit des Gesundheitsamts, da Fragen bei den Kitaleitungen auftauchten, wie z. B. ob Karies von einer Zahnbürste auf die andere Zahnbürste übergreife. Die Arbeit des Gesundheitsamtes böte Sicherheit bei Diskussionen rund um das Thema Zahngesundheit, fügt Herr Schulze-Gronemeyer hinzu.

Herr Wohlfahrt äußert sich überzeugt zur Präventionsarbeit. Allerdings sei es dramatisch, wenn in Elternhäusern sowie in den Kitas nicht die Zähne geputzt würden. Er sei der Meinung, dass das Zähneputzen in den Kitas Bestandteil der Förderbedingungen sein sollte. Daneben müsste der Elternfragebogen erweitert werden um die Frage, wie wichtig es den Eltern sei, dass in den Kitas die Zähne geputzt werden. Wenn erkennbar sei, dass nicht in allen Kindertageseinrichtungen die Zähne geputzt werden, seien die Träger zur Verantwortung zu ziehen, betont Herr Wohlfahrt.

Herr Stein fragt, ob es geschlechtsspezifische Unterschiede beim Zähneputzen gebe. Möglicherweise sei zu überlegen, ob geschlechtsspezifisch eine differenzierte Herangehensweise erforderlich sei. Zu dieser Frage teilt Herr Dr. Denne mit, bisher seien Geschlechtsspezifika nicht herausgefunden worden.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GR Drs 1064/2018 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

## Verteiler:

- I. Referat SI  
zur Weiterbehandlung  
Gesundheitsamt (4)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. Referat JB  
Schulverwaltungsamt (2)  
Jugendamt (2)
  3. Stadtkämmerei (2)
  4. Rechnungsprüfungsamt
  5. L/OB-K
  6. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. Gruppierung FDP
  7. Gruppierung BZS23
  8. Die STAdTISTEN
  9. AfD
  10. LKR